

Motorradlärm: Nationale gesetzliche Regelungen jetzt verbindlich nachschärfen!

**Betreff: Antrag auf erneute Befassung mit Motorradlärm
auf der Tagesordnung der kommenden Verkehrsministerkonferenz**

Februar 2026

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Bernreiter,
sehr geehrte Mitglieder der Verkehrsministerkonferenz,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute wenden wir uns als Bundesverband gegen Motorradlärm erneut an Sie mit der eindringlichen Bitte, sich die nachfolgenden Zeilen bewusst durchzulesen und das Thema an die Stelle zu nehmen, wo sie hingehört. Warum schreiben wir erneut?

Das gerade abgeschlossene **EU-LENS-Projekt**, bei dem über drei Jahre Lärm- und Abgasbelastungen von Motorrädern gemessen wurden, belegt eindeutig, dass insbesondere Fahrzeuge der Kategorie **L3e – L3e-A2, L3e-A3 sowie die Endurovarianten L3e-A1E, A2E, A3E – nicht nur auffällig laute Fahrzeuge und bedeutende Schadstoffverursacher („notorious polluters“) sind, sondern dass die großen Bestandsmengen auf unseren Straßen unter realen Fahrbedingungen regelmäßig die zulässigen Lärm- und Abgaswerte überschreiten**. Vor diesem Hintergrund ist **gesetzgeberisches Handeln auf nationaler Ebene dringend erforderlich**, um die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung dauerhaft zu schützen. **Überfällige Sofortmaßnahmen vor Ort können nur durch kurzfristige gesetzliche Anpassungen umgesetzt werden**, um die Zahl der Motorräder in besonders belasteten Ortschaften sofort und deutlich zu reduzieren.

Trotz einschlägiger Beschlüsse – insbesondere Bundesratsbeschluss 125/20 – sowie der Beratungen in der Ad-hoc-Lärmschutzkommission, den Beschlüssen der letzten UMKS und weiterer fachlicher Befassungen hat sich in der Praxis kaum etwas geändert. Für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner bedeutet dies, dass ihnen erneut eine Lärmsaison bevorsteht, **die de facto nicht nur unverändert bleibt, sondern durch weiter gestiegene Zulassungszahlen im Motorradbestand noch verschärft wird**.

Uns erreichen kontinuierlich Hilferufe von verzweifelten Bürgerinnen und Bürgern, die sich von Behörden und Politik allein gelassen fühlen. Unsere Übersichtskarte der HotSpot-Regionen auf unserer Homepage wird Ihnen dabei ja bereits bekannt sein:

Bundesverband gegen Motorradlärm: Rasen, Lärm und Posen.

Immer häufiger berichten Betroffene, dass sie ihre Häuser verkaufen oder den Wohnort wechseln müssen, weil eine erträgliche Lebenssituation nicht mehr gegeben ist. Das ist ein alarmierendes Signal.

Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdendem Lärm ist eine staatliche Pflichtaufgabe und darf nicht auf ehrenamtliche Initiativen abgeschoben werden, die das Problem nur sichtbar machen, es aber strukturell nicht lösen können.

Wir weisen in Vertretung der Betroffenen erneut darauf hin, dass es sich nicht um ein Randphänomen handelt. Zehntausende Menschen sind in besonders belasteten Regionen nicht nur an den Wochenenden massiv von Lärm betroffen. Ihre Lebensqualität wird über Monate hinweg erheblich eingeschränkt; gesundheitliche Beeinträchtigungen durch dauerhafte Lärmeinwirkung sind dabei wissenschaftlich belegt.

Gleichwohl entsteht der Eindruck, dass Motorradlärm bislang nicht mit derselben Konsequenz reguliert wird wie etwa Lkw- oder Fluglärm, obwohl das Belästigungspotential vielfach höher ist. Der wiederholte Verweis auf verstärkte Kontrollen, Hinweisschilder oder punktuelle Maßnahmen ist weitgehend Makulatur: **Kontrollen ahnden nur individuelles Fehlverhalten, lösen aber nicht das strukturelle Problem einer großen Zahl zu lauter, legal zugelassener Motorräder.** Solange geltende Regelungen keine wirksame Begrenzung der Geräuschemissionen im realen Fahrbetrieb sicherstellen und bestehende gesetzgeberische Spielräume ungenutzt bleiben, bleibt die Belastung bestehen.

Ein wirksames Handeln auf nationaler Ebene ist möglich – und längst überfällig. Der Bundesgesetzgeber verfügt über ausreichende Kompetenzen, um im Straßenverkehrsrecht, Zulassungsrecht und Immissionsschutzrecht klare Regelungen zu schaffen. Dazu gehören strengere Vorgaben für besonders laute Fahrzeuge, Anpassung der Bezugswerte wie Standgeräusch, erweiterte Eingriffsmöglichkeiten für Straßenverkehrsbehörden sowie rechtssichere Grundlagen für strecken- oder zeitbezogene Beschränkungen in besonders belasteten Regionen.

Beispielhaft seien Durchfahrtbeschränkungen und Sonntags-Fahrverbote genannt, die nach der aktuellen Rechtslage regelmäßig von den Verursachern gerichtlich angefochten werden und die Anwohner damit praktisch schutzlos lassen. Weitere konkrete Forderungen entnehmen Sie bitte dem beigefügten Anhang. **Für viele Betroffene ist der dauerhafte Lärm längst zu einem existenziellen Problem geworden.**

Aus Sicht der Betroffenen ist es dringend geboten, verbindliche nationale Gesetzesänderungen auf den Weg zu bringen und vorhandene Handlungsspielräume konsequent zu nutzen. **Es kann nicht sein, dass die Gesetzgebung weiterhin ausschließlich die Interessen der Motorradfahrenden berücksichtigt, während die Rechte der „Wohnenden“ auf der Strecke bleiben.** Wir haben den Eindruck, dass Sie Ihre Entscheidungen in „Wählerstimmen“ abwägen, aber dabei sollten Sie vielleicht einen Blick auf die HotSpot-Karte werfen, denn die Anzahl der Betroffenen ist, auch wenn sie vielleicht noch nicht die Lobby und Lautstärke haben wie die Motorradverbände, mindestens gleich hoch und steigend.

Wir bitten die Verkehrsministerkonferenz daher nachdrücklich, das Thema erneut prioritär zu behandeln und sich für eine zügige Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene einzusetzen.

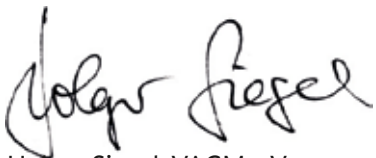
Nur durch strukturelle Änderungen im nationalen Recht kann ein wirksamer, dauerhafter und gerechter Schutz der Bevölkerung vor Motorradlärm gewährleistet werden.

Anbei finden Sie dazu die von uns im letzten Jahr übergebene Konzentration auf Kernforderungen und stehen für einen Austausch jederzeit gerne zur Verfügung.

Für eine Rückmeldung danken wir Ihnen im Voraus und verbleiben bis dahin mit den besten Wünschen für eine gesunde Zeit und

Mit freundlichen Grüßen
im Februar 2026

Bundesverband gegen Motorradlärm



Holger Siegel, VAGM e.V.



Marco Schmunkamp, Silent Rider e.V.